

In der Senatssitzung am 6. Dezember 2022 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

01.12.2022

Frage L18

Vorlage für die Sitzung des Senats am 06.12.2022

„Auseinandersetzung mit Messer“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgende Frage in der Fragestunde zum Thema „Auseinandersetzung mit Messer“ gestellt:

1. Inwieweit konnte im Fall einer gefährlichen Körperverletzung in der Bahnhofsvorstadt am 14.11.2021, als es zwischen drei Personen zu einem Streit kam und ein 18-Jähriger mit einem Messer angegriffen und am Oberschenkel verletzt wurde (Polizeimeldung 0836), der Tatverdacht gegen die vorläufig Festgenommenen von der Polizei erhärtet werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe etc.) und konnten die Tatverdächtigen gegebenenfalls inhaftiert werden?
3. Inwieweit und wie häufig sind die Tatverdächtigen seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der Ermittlungen der Polizei Bremen konnten zwei Beschuldigte ermittelt werden.

Zu Frage 2:

Gegen einen Beschuldigten war ein hinreichender Tatverdacht nicht gegeben, weshalb das Verfahren gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen war.

Gegen den anderen Beschuldigten wurde am 21.11.2022 Anklage zum Amtsgericht Bremen, Jugendschöffengericht, erhoben. Gegen den Beschuldigten sind beim Amtsgericht Bremen weitere Strafverfahren anhängig, in denen noch keine Entscheidung ergangen ist.

Zu Frage 3:

Beide in der Antwort auf die Frage 1 benannten Beschuldigten sind seit der Tat erneut als Tatverdächtiger strafrechtlich in Erscheinung getreten. Ein Beschuldigter ist mit zwei Raub- und einem Diebstahlsdelikt in Erscheinung getreten, während der andere Beschuldigte mit

zwei Körperverletzungsdelikten, zwei Betäubungsmitteldelikten, einer Sachbeschädigung und einer Bedrohung als Tatverdächtiger in Erscheinung trat.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Tatbeteiligten sind ausnahmslos männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatorin für Justiz und Verfassung wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 01.12.2022 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.